

Essen, 17.12.2020

Newsletter – Ausgabe Nr. 1 Wahlperiode 2020 – 2025

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und liebe Leser,

am letzten Freitag hat die erste Sitzung der Verbandsversammlung nach der Direktwahl des Ruhrparlaments stattgefunden. Die LINKE hat bei der ersten Direktwahl 4,1 Prozent der Stimmen für das Ruhrparlament erhalten, 1,2 Prozent und damit rund ein Fünftel weniger, als die Stimmen für DIE LINKE bei der letzten Kommunalwahl. Ein ernüchterndes Wahlergebnis, wenn man bedenkt, wie intensiv die Fraktion in den zurückliegenden sechs Jahren zusammen mit den Rats- und Kreistagsfraktionen linke Positionen zu regional bedeutsamen Themen erarbeitet und vertreten hat. Dabei spielt natürlich die örtliche Situation natürlich auch eine große Rolle. Das wird an der Unterschiedlichkeit der Wahlergebnissen in den einzelnen Städten und Landkreisen deutlich.

Wir müssen aus diesem Wahlergebnis für die Zukunft lernen und sollten es nicht einfach „abhaken“. Klar ist, wir haben ein Mandat und werden unsere Arbeit in den kommenden fünf Jahren auf der Grundlage des auf der Wahlversammlung diskutierten Programms „Eine Ruhr für Alle – sozial, solidarisch, klimagerecht, vielfältig“ fortsetzen. Dabei wollen wir noch mehr als bisher die Zusammenarbeit mit den Vertreter*innen in Räten und Kreistagen, den Kreisverbänden im Ruhrgebiet und dem Landesvorstand suchen.

Der gerade letzte Woche veröffentlichte zweite regionale Bildungsbericht Ruhr oder die Diskussionen in den Kommunen zum Sachlichen Teilplans Regionale Kooperationsstandorte sind nur zwei Themen, zu denen wir gemeinsam mit Euch Positionen erarbeiten wollen. Wie wir uns diesen Dialogprozess konkret vorstellen, werden wir in der Gesamtfraktion DIE LINKE im RVR im Januar 2021 vereinbaren.

Wir wünschen Euch und euren Familien frohe Festtage und ein gutes, glückliches neues Jahr 2021! Bleibt gesund!

Wolfgang Freye, Eleonore Lubitz, Fatma Karacakurtoglu, Olaf Jung und die weiteren acht Mitglieder der Gesamtfraktion

Die neue Fraktion DIE LINKE im RVR

Wie bereits in der letzten Legislatur hat die Fraktion bei der Berufung von sachkundigen Bürger*innen versucht, die Breite der Mitgliedskommunen in der Fraktion abzubilden und insbesondere Vertreter*innen einzubinden, die auf der Aufstellungsversammlung der Partei auf die Liste gewählt worden sind.

Am 4.12.2020 hat sich die Gesamtfraktion das erste Mal zur Vorbereitung der Verbandsversammlung getroffen. Den Fraktionsvorstand bilden Wolfgang Freye (Essen) als Fraktionsvorsitzender und Eleonore Lubitz (Schwelm, Ennepe-Ruhr-Kreis) als Stellvertreterin. Fatma Karacakurtoglu (Dortmund) und Olaf Jung (Gladbeck, Kreis Recklinghausen) sind die weiteren Mitglieder, die in den nächsten fünf Jahren linke Positionen in der Verbandsversammlung vertreten werden.

Des Weiteren werden in der neuen Fraktion als sachkundige Bürger*innen Gültaze Aksevi und Wiebke Köllner (Bochum), Veronika Buszewski (Herne), Binali Demir und Herbert Fürmann (Duisburg), Thomas Grohé (Gelsenkirchen), Udo Gabriel (Selm, Kreis Unna) und Roman Reisch (Wesel, Kreis Wesel) mitarbeiten.

Wichtiges aus der 1. Verbandsversammlung

DIE LINKE im RVR in allen Ausschüssen mit Stimmrecht und in mehreren Beteiligungsgesellschaften

Bereits im Vorfeld der ersten Verbandsversammlung haben wir den Austausch mit den anderen Fraktionen im Ruhrparlament gesucht, um zu erreichen, dass die kleinen Fraktionen in allen Ausschüssen des RVR mit Stimmrecht vertreten sind und die AfD möglichst wenige Sitze in den Gremien der Beteiligungsgesellschaften erhält. Beim Ausschusszuschnitt und

deren Inhalte wollten wir erreichen, dass man sich fachlich stärker als bisher mit den drängendsten Fragen der Region, wie Soziales, Bildung und Mobilität, auseinandersetzen kann.

Dies hat sicherlich etwas dazu beigetragen, dass die neue rot-schwarze Koalition von SPD und CDU bei Änderung der Verbandsordnung beantragt hat, die Anzahl der Sitze in allen Fachausschüssen auf 15 festzulegen und die folgenden Fachausschüsse zu bilden, wobei der Bildungs- und der Verkehrsausschuss neu eingerichtet wurden:

Ausschüsse	Vertretung	1. Stellvertreter*in	2. Stellvertreter*in	3. Stellvertreter*in
Verbandsausschuss	Wolfgang Freye	Eleonore Lubitz	Fatma Karacakurtoglu	Olaf Jung
Planungsausschuss	Olaf Jung	Thomas Grohé (sB)	Wolfgang Freye	Herbert Fürmann (sB)
Umweltausschuss	Roman Reisch (sB)	Olaf Jung	Eleonore Lubitz	Udo Gabriel (sB)
Betriebsausschuss Ruhr Grün	Eleonore Lubitz	Olaf Jung	Roman Reisch (sB)	Udo Gabriel (sB)
Ausschuss für Kultur, Sport und Vielfalt	Fatma Karacakurtoglu	Binali Demir (sB)	Eleonore Lubitz	Gültaze Aksevi (sB)
Wirtschaftsausschuss	Wolfgang Freye	Olaf Jung	Wiebke Köllner (sB)	Fatma Karacakurtoglu
Ausschuss für Bildung, Digitales und Soziales	Wiebke Köllner (sB)	Fatma Karacakurtoglu	Veronika Buszewski (sB)	Gültaze Aksevi (sB)
Verkehrs- und Mobilitätsausschuss	Herbert Fürmann (sB)	Olaf Jung	Thomas Grohé (sB)	Wolfgang Freye
Wahlprüfung	Eleonore Lubitz	F. Karacakurtoglu	Olaf Jung	Wolfgang Freye
Rechnungsprüfung	Eleonore Lubitz	Olaf Jung	Wolfgang Freye	F. Karacakurtoglu

Die Fraktion DIE LINKE ist nun in allen zehn Ausschüssen mit Stimmrecht vertreten. Die Mitglieder der Ausschüsse können von Euch natürlich auch direkt angesprochen werden, wenn es um Fachthemen geht – gerne auch immer über die Geschäftsstelle der Fraktion.

Darüber hinaus ist die Fraktion in den Gremien von etwa der Hälfte der wichtigen Beteiligungsgesellschaften des RVR vertreten:

Gremium	Vertretung
Business metropoluhr GmbH	Olaf Jung
Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH	Wolfgang Freye
IGA 2027 mbH	Eleonore Lubitz
Umweltzentrum Westfalen GmbH	Udo Gabriel
Beirat Revierpark Gysenberg Herne GmbH	Eleonore Lubitz

Die AfD-Fraktion beantragte geheime Wahl, als sie kapierte, dass sie in die Gremien der IGA 2027 mbH oder der Kultur Ruhr GmbH gerade nicht reingewählt worden war. Das änderte nichts daran, dass DIE LINKE und die FDP etliche Plätze besetzen konnten, mit denen die AfD-Fraktion im Vorfeld fest gerechnet hatte.

Verbandsausschuss übernimmt Aufgaben der Verbandsversammlung – Verlust an Transparenz

Neben einigen inhaltlichen Beschlüssen zu laufenden Punkten hat die Verbandsversammlung für den Zeitraum der Feststellung einer pandemischen Lage durch den Landtag die Beschlussfassung über Angelegenheiten der Verbandsversammlung auf den Verbandsausschuss übertragen. Unmittelbar nach der ersten Direktwahl hat das Ruhrparlament sich durch diesen pauschalen Beschluss gleich wieder selbst ins Abseits gestellt. Die Fraktion DIE LINKE hat sich denn auch enthalten, nach dem ein Antrag von uns zwar von allen Oppositionsfraktionen – also auch Grünen und FDP – unterstützt wurde, aber nicht von der Großen Koalition. Damit wollten wir erreichen, dass bei jeder Verlängerung der pandemischen Lage jeweils über ein Umlaufverfahren festgestellt wird, ob die Aufgabenübertragung fortgeführt werden soll.

In der Rede zum Antrag hat Wolfgang Freye deutlich gemacht, worin die Kritikpunkte der Linken am aktuellen Vorgehen von Bund und Land bestehen, wir gleichzeitig jedoch jegliche Form der Leugnung der Pandemie durch selbsternannten „Querdenker“ oder wen auch immer ablehnen. Die Chance, das Heft nicht vollständig aus der Hand zu geben, indem man den Beschluss wenigstens regelmäßig überprüft, wurde von der GroKo vertan.

Manifesta kommt 2026 ins Ruhrgebiet

Beschlossen hat die Verbandsversammlung auch, dass der RVR 2026 zum Träger der Manifesta wird, die im Ruhrgebiet ausgetragen werden soll. Diese europäische Biennale für zeitgenössische Kunst wird alle zwei Jahre in wechselnden Städten Europas ausgerichtet. Sie fand 1996 das erste Mal in Rotterdam statt.

Interessanterweise kam die Initiative zur Bewerbung von etlichen Vertretern von Museen wie dem Ruhr- und Folkwangmuseum in Essen und Künstlern. Das Konzept war für die internationale Jury so überzeugend, dass das Ruhrgebiet bereits den Zuschlag erhielt, obwohl eine Entscheidung darüber erst viel später angestanden hätte.

Das Konzept der Manifesta strebt eine künstlerische Auseinandersetzung zu der Frage an, wie eine globale Logistik mit neuen Handelswegen und veränderten Arbeitsbedingungen sich auf das Zusammenleben im Ruhrgebiet auswirkt. Verdrängung und Gentrifizierung sind dabei ebenfalls Themen. Die Fraktion DIE LINKE hat der Trägerschaft und der Bereitstellung von einer Millionen Euro zugestimmt.

Die Pressemitteilungen und weitere Informationen sind unter [DIE LINKE im RVR](#) zu finden. Hier nur ein Auszug aus einer zur Bildung der Koalition:

SPD-CDU-Koalition: Mehr Kooperation – Fehlanzeige

Armut spielt keine Rolle im Rot-Schwarzen Koalitionsvertrag für den RVR

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE im Regionalverband Ruhr (RVR) ist der nun veröffentlichte Koalitionsvertrag von SPD und CDU im RVR „Metropole Ruhr 2025. Gemeinsame Verantwortung, gemeinsamer Gestaltungswille“ enttäuschend. Konkrete Aussagen, wie die Zusammenarbeit der Kommunen gestärkt werden soll fehlen ebenso, wie konkrete Aussagen zum dringendsten sozialen Problem der Region, der wachsenden Armut.

„Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Da begründen SPD und CDU ihre Zusammenarbeit im Rahmen einer Großen Koalition u.a. damit, dass in dieser Konstellation alle Oberbürgermeister und Landräte im Ruhrgebiet mit ‚im Boot‘ sind, doch der Koalitionsvertrag enthält so gut wie keine konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Kooperation in der Region,“ so Wolfgang Freye, Vorsitzender alter und neuer Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im RVR. „Stattdessen will die Große Koalition diese Frage weiter ‚evaluieren‘. Offensichtlich fehlen der Koalition die Ideen. Ich befürchte, dass SPD und CDU den RVR und die Region die nächsten fünf Jahre weiter ‚verwalten‘ wollen, statt wirklich voranzubringen. Dazu bräuchte man frischen Wind, der nicht zu erkennen ist.“

Zur Bekämpfung der Armut enthält der Koalitionsvertrag keine Hinweise, obwohl die gegenwärtige Situation völlig unbefriedigend ist. In manchen Stadtteilen nicht nur in Gelsenkirchen und Duisburg, sondern auch in Essen und Dortmund leben mehr als 50 % der Kinder in Familien mit Transferleistungen. Die bisherigen Maßnahmen von Bund und Land für einen sozialen Arbeitsmarkt reichen nicht aus. Hier müsste der RVR dringend als politische Vertretung der Region tätig werden. Stattdessen soll die Standortmarketingkampagne fortgesetzt werden, die dem Verband bis 2022 allein 19 Millionen Euro gekostet haben wird und die nun selbst NRW-Kommunalministerin Ina Scharrenbach als unnötig betrachtet.

„Das Geld für diese Kampagne hätte der RVR seit 2017 besser in jene Projekte gesteckt, die die Koalition jetzt unter einen Finanzierungsvorbehalt stellt, wie die 23 Modellprojekte aus dem Mobilitätsentwicklungskonzept,“ so Wolfgang Freye weiter. „Doch auch in so wichtigen Fragen wie der dringend nötigen Verbesserung des ÖPNV in der Region bleibt der Koalitionsvertrag vage. Da stellt sich wirklich die Frage, was vor allem die SPD ‚geritten‘ hat, eine solche Koalition einzugehen. Während des Kommunalwahlkampfes hat die SPD auf Landesebene die Große Koalition im Bund massiv angegriffen. Nach der Wahl macht sie auch im RVR eine Große Koalition der Wahlverlierer. Das fördert die Glaubwürdigkeit gegenüber den Wähler*innen nicht.“

DIE LINKE im Regionalverband RUHR (RVR) ist jetzt auch bei Facebook: [@DieLinke.RVR](#)

Hinweis zum Abonnement des Newsletters der Fraktion DIE LINKE im RVR: Wenn Sie das Abonnement beenden möchten, senden Sie bitte eine Mail mit dem Betreff: „Abmeldung Newsletter“ an die dielinke@rvr-online.de.

Impressum:

DIE LINKE im RVR, Kronprinzenstraße 35; 45128 Essen
V.i.S.d.P. Heike Kretschmer
Telefon: (0201) 2069-325
E-Mail: dielinke@rvr.ruhr. Internet: www.dielinke-rvr.de